

Wir kommen nun zu Punkt 8b der Tagesordnung:

#### Wahl der Kontrollkommission.

Die Kontrollkommission besteht bis jetzt aus den Genossen

Gustav Bratke  
Walter Damm  
Heinrich Höcker  
Georg Richter  
Adolf Schönfelder  
Karl Seeser  
Jacob Steffan  
Fritz Ullrich  
Christjan Wittrock.

Außer den bisherigen Mitgliedern der Kontrollkommission sind keine weiteren Kandidaten vorgeschlagen worden. Die bisherigen Mitglieder der Kontrollkommission sind bereit, eine Wiederwahl anzunehmen, so daß wir, wenn der Parteitag damit einverstanden ist, die Wahl der Kontrollkommission auch hier durch eine offene Abstimmung vornehmen können. Wenn aber der Parteitag wünscht, daß wir auch hier eine schriftliche Abstimmung durchführen, dann wird das selbstverständlich getan. Ich möchte also zunächst fragen: Ist der Parteitag damit einverstanden, daß wir die alte Kontrollkommission in der bisherigen Zusammensetzung durch Akklamation wiederwählen? Wer dafür ist, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Das ist gegen wenige Stimmen beschlossen. Wir kommen dann zur Wahl der Kontrollkommission. Wer dafür ist, daß die Kontrollkommission in ihrer bisherigen Zusammensetzung wiedergewählt wird, den bitte ich, eine Hand zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Kontrollkommission ist gegen zwei Stimmen gewählt worden. (Bravo!)

Genossen und Genossinnen! Damit ist der Punkt 8 der Tagesordnung erledigt. Wir kommen jetzt zum Punkt 5 der Tagesordnung:

#### Die wirtschaftspolitischen Forderungen der Sozialdemokratie.

Berichtersteller ist der Genosse Prof. Dr. Erik Nölting.

Berichtersteller Prof. Dr. Erik Nölting: Liebe Parteifreunde! Dem Parteitag liegt zu Punkt 5 der Tagesordnung der Antrag Nr. 50 vor, die Resolution zur Wirtschaftspolitik, die einen konzentrierten Extrakt der Arbeit und der Forschungsergebnisse des wirtschaftspolitischen Ausschusses darstellt. Da sie Ihnen vorliegt, brauche ich sie Ihnen nicht vorzulesen, sondern es ist wohl besser, daß ich den Fetzen Zeit, der mir hier gelassen wird, dazu benutze, dieser Resolution einige grundlegende Erwägungen zur Seite zu stellen.

Genossen! Über die erste Phase unserer Bewegung: Begründung und Lehre, und die zweite Phase: Agitation und Werbung hinaus ist der Sozialismus inzwischen in seine dritte Phase eingetreten: Verwirklichung und Erfüllung.

Verwirklichung der sozialistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiete aber bedeutet: Lenkungswirtschaft und Sozialisierung. Als damals nach dem Zusammenbruch des wilhelminischen Deutschlands im Jahre 1918 der deutschen Sozialdemokratie die erste große Chance zufiel, ihre Theorien in die Tat umzusetzen, da war die Partei — warum das beschönigen und warum das verschweigen? — weder gelstig noch organisatorisch noch machtmäßig in ausreichendem Maße auf eine solche Aufgabe vorbereitet. Man hat damals nur getrommelt, ohne den Marsch anzutreten. Uns fehlte die große zusammenfassende Konzeption, und hinter dem Radikalismus der Formel verbarg sich weitgehend eine nur schlecht verhüllte

Impotenz im Handeln. Wir redeten von Generalexpropriationen und von Vollsozialisierung, praktisch aber kamen wir nicht vom Fleck. Das ist die große Verpflichtung, die uns heute zufällt, daß die große Massensehnsucht unserer Tage nicht abermals zugeschüttet wird durch Saumseligkeit, Zwietracht und durch einen peinlichen Mangel an konstruktiver Phantasie. (Beifall.) Während man damals tatenscheu darüber philosophierte, ob man denn einen Scherbenhaufen sozialisieren könne, ist es heute einhellige Überzeugung in unseren Reihen, daß der Wirtschaftsapparat überhaupt nur noch auf sozialistischer Tourenzahl laufen kann. Aus dem Trümmerhaufen, den uns die Nazis hinterlassen haben und der vor unseren Füßen liegt, ergibt sich die gebieterische Notwendigkeit eines sozialistischen Neuaufbaues. Wir wollen den feudal-kapitalistischen Wechselbalg nicht wieder zusammenflicken, selbst wenn wir es könnten. Wir wollen nicht nur leben, was praktisch doch nur ein Vegetieren im Nachtrab reicherer und glückhafterer kapitalistischer Staaten bedeuten würde, sondern wir wollen eine sozialistische Zukunft gestalten. Wir wollen das Wirtschaftswrack nicht nur in Fahrt bringen, sondern es soll auch Kursrichtung nehmen mit dem Ziel auf den Sozialismus. (Beifall.) Deshalb fordern wir nicht nur einen Wiederaufbau der Wirtschaft, sondern einen radikalen Umbau und Neubau. Hier liegt für uns die Grenzscheide zwischen sozialistischem und bürgerlichem Wirtschaftsdenken. Niemand in unseren Reihen glaubt mehr an einen jähen dramatisch-explosiven Umschlag vom Kapitalismus in den Sozialismus einzuleiten durch eine fest terminierte Generalexpropriation. Die sozialistische Wirtschaft wird nicht geboren in einem einmaligen Gesetzgebungsakt, sie ist vielmehr ein Konstruktions- und ein Gestaltungsproblem, und sie wird nur dann morgen da sein, wenn wir heute für sie arbeiten.

In dieser Phase der Verwirklichung, in dieser dritten Phase, die für jede Bewegung die schwerste und recht eigentlich kritische Phase ist, reicht es nicht mehr aus, bloße Endziel-Philosophie zu betreiben und sich mit den säkularen Plakatformeln zu begnügen, mit denen noch unsere Väter auskamen. Da ist es nötig, daß man um die Kilometersteine weiß, die zum Ziele führen. Aber genau so deutlich muß gesagt werden, ein Ziel muß hinter all unserem Tun stehen, denn ohne solches Ziel bleiben alle Kilometersteine nur elendes Steingerümpel. Ich würde niemals den Satz unterschreiben, daß die Bewegung alles und das Ziel nichts sei.

Der Wirtschaftspolitische Ausschuß beim Parteivorstand ist eingesetzt worden, um für die in unserer Zeit anfallenden Gestaltungsaufgaben praktische Lösungsvorschläge vorzubereiten. Dabei ist man zunächst so vorgefahren, daß die wirtschaftspolitischen Ausschüsse der Bezirke ersucht wurden, je einen Delegierten in diesen zentralen Wirtschaftspolitischen Ausschuß beim Parteivorstand zu entsenden. Es hat sich aber später als zweckmäßig und notwendig herausgestellt, diese Kreise durch Fachleute bestimmter Sondergebiete zu erweitern und vor allem auch die Verbindung zu den sozialdemokratischen Wirtschaftsministern in den Landesregierungen herzustellen, die natürlich nur in engem Kontakt mit diesem Wirtschaftspolitischen Ausschuß arbeiten können.

Dieser Ausschuß hat seit seiner Begründung eine Reihe von Sitzungen abgehalten, teils in der amerikanischen, teils in der britischen Zone. Ich glaube, alle, die wir an diesen Sitzungen teilgenommen haben, haben den Eindruck, daß hier fruchtbare Arbeit geleistet wird, daß hier die Probleme nicht simplifiziert werden, sondern in ihrer ganzen problematischen Wucht erfaßt werden und daß es möglich ist, auf diese Weise Leute zur Parteilarbeit heranzuholen, die anderweitig oft nur schwer zu erfassen wären.

Naturgemäß stand im Mittelpunkt unserer wirtschaftspolitischen Erörterungen der große Problemkomplex der Sozialisierung, dem wir heute eine überragende Bedeutung zuerkennen. Deshalb wurde eine besondere Sozialisierungskommission gebildet, bestehend aus Mitgliedern des Wirtschaftspolitischen Ausschusses, Vertretern sozialdemokratischer Gewerkschaftskreise und aus anderen sachkundigen Persönlichkeiten. Über den Fortgang der Arbeit dieser Sozialisierungskommission ist dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß fortlaufend berichtet worden.

Das geschah zuletzt noch am 19. und 20. Juni in Bad Wildungen nach einem ausführlichen Referat des hier sprechenden Berichterstatters.

Es besteht, um die wichtigsten Grundlinien unserer Arbeit herauszustellen, Einigkeit darüber, daß auch die sozialisierten Wirtschaftszweige einzubauen sind in ein Erzeugung und Verteilung sinnvoll lenkendes, unter dem Bedarfs Gesichtspunkt gestelltes Wirtschaftssystem. Denn Sozialisierung ist kein Teilakt, es muß auch der sozialisierte Wirtschaftszweig überwölbt werden von einem General lenkungsplan. Dieser Lenkungsplan hat natürlich auch die Landwirtschaft und die Arbeitspolitik einzubeziehen. Politische und wirtschaftliche Gründe bestimmen uns, die Grundstoff- und Schlüsselindustrien zu sozialisieren, nicht zuletzt deshalb, weil es sich hier um akute Machtfragen handelt. Dagegen sind es Gründe mehr technischer Art, die uns eine Sozialisierung des Verkehrswesens, soweit es an Schienenstrang und Oberleitungen gebunden ist, der Energiewirtschaft, der Zementindustrie sowie des Banken- und Versicherungswesens wünschenswert erscheinen lassen.

Die Sozialisierungskommission hat sich zunächst mit den Sozialisierungsformen für die Kohlenwirtschaft, die eisen- und stahlschaffende Schwerindustrie bis zum Halbzeug und die Grundstoff- und Großchemie beschäftigt. Hier liegen jetzt konkrete Sozialisierungsvorschläge vor. Ich sagte absichtlich Kohlenwirtschaft und sagte nicht Kohlenbergbau; denn in die Sozialisierung dieses Wirtschaftszweiges sind auch die sogenannten „milchgebenden Kühe“ des Bergbaues, d. h. die Kohleveredelung, die Treibstoffgewinnung und der Zechenhandel einzubeziehen. Denn wir dürfen uns nicht in eine Sozialisierung der Unterbilanzen und der roten Verlustziffern hineinmanövrieren lassen, damit man später nicht mit dem Finger auf uns zeigt und behauptet, die Sozialisierung habe sich blamiert. Natürlich legen wir mit diesen drei Wirtschaftszweigen durchaus nicht einen für alle Zeit abgeschlossenen Sozialisierungskatalog vor. Wir können uns keine starre Demarkationslinie vorschreiben lassen zwischen der sozialisierten und privaten Wirtschaft, schon aus dem Grunde nicht, weil jede technische Neuerung, jede entscheidende Änderung in der allgemeinen Wirtschaftslage über Nacht ganz neue Situationen entstehen lassen und neue Sozialisierungsprobleme aufwerfen kann.

Im Sektor der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter-Industrien kommt die Sozialisierung nach unserer Auffassung für alle solche Unternehmen in Frage, denen eine marktbeherrschende Stellung zufällt. In dem Grade, wie sich monopolistische Machtbeherrschungstendenzen ausbreiten, wächst zwangsläufig die Sozialisierungsrolle.

Damit keine allgemeine Sozialisierungspanik und keine Rebellion aufgeschreckter Eigentumsinstinkte entsteht, ist es nötig, daß wir auch von dieser Stelle mit aller Deutlichkeit sagen, was unter allen Umständen außerhalb der „Schußzone der Sozialisierung“ bleibt. Da erklären wir, die Sozialisierung bedroht weder das private Konsum- noch das Arbeitseigentum. Das erste dient Genuß-, das zweite Arbeitszwecken. Die Sozialisierung legt ihre schwere Hand ausschließlich auf das kapitalistische Großeigentum, das Bereicherungs- und Machtzwecken dient und das bereits weitgehend funktionslos geworden ist in dem sich am Eigentum vollziehenden ökonomischen Aushöhlungsprozeß, weil hier die Eigentums- und Erzeugungssphäre längst auseinandergetreten sind, so daß nur noch in der politisch-juristischen Ebene konserviert wird, was in der wirtschaftlich-materiellen Ebene seine Bedeutung längst einbüßte.

Der Bauer auf eigener Scholle kann im Gegensatz zum Großgrundbesitzer, in dem wir den traditionellen Träger einer feudalistisch-militaristischen Gesinnung erblicken, als der „ewige Mensch“ angesehen werden, der schon lange vor dem Kapitalismus geschaffen wurde und sich in allen Stadien der kapitalistischen Wirtschaft ungebrochen behauptet hat, weshalb er auch die kapitalistische Phase überdauern wird.

Ebenso ist der Handwerker keine kapitalistische Figur, und die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung des Handwerks ist unumstritten. Wir wünschen nur, daß der Bauer und Handwerker sich immer besser seiner eigentlichen Waffe bedienen möge: der Genossenschaft.

Auch der Handel ist seinem Wesen nach keineswegs zwangsläufig kapitalistisch, und er wird im regen Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen, namentlich genossenschaftlicher Art, auch weiterhin eine wichtige Rolle innerhalb der Volkswirtschaft zu erfüllen haben.

Desgleichen fällt der kleine und mittlere Unternehmer, der noch wirklich als Betriebsleiter seine Funktionen ausübt, nicht unter die Rubrik der Sozialisierung.

Diese Sozialisierung selbst ist uns heute keine Einbahnstraße mehr, und es führen viele Wege nach Rom, d. h. zur sozialistischen Wirtschaft. Das öffentliche Unternehmen hat seit Jahren seinen naturgemäßen Standort überall dort, wo es um große Anlagewerte geht, wo die erforderliche Kraftanstrengung über private und genossenschaftliche Dimensionen hinausgeht oder wo sonst gefährliche Machtballungen in privater Hand entstehen würden. Gleichberechtigt neben den öffentlichen Unternehmen und bestimmt nicht weniger erwünscht steht das freigemeinschaftliche Unternehmen, bei dem es ohne jeden staatlichen Zwang und Bürokratismus abgeht, ohne alles Anordnen und Befehlen von oben. Die sozialisierte Wirtschaft muß grundsätzlich dahin streben — und dadurch unterscheiden wir uns von den Auffassungen der Jahre 1918 und 1919 —, einen möglichst großen Reichtum und eine Vielfalt an Unternehmenstypen zu entwickeln, die miteinander wetteifern und die wettbewerbsmäßig am Winde bleiben.

Wir wollen dreierlei. Wir wollen erstens eine Reihe von Wirtschaftszweigen durch Übergang des Eigentums in die öffentliche Hand restlos und unmittelbar auf das Gemeinwohl ausrichten. Wir wollen eine weitere Reihe von Wirtschaftszweigen stärker, als es bisher der Fall war, mit gemeinwirtschaftlichen und namentlich genossenschaftlichen Unternehmen durchsetzen. Und wir wollen drittens die gesamte Wirtschaft in den staatlichen Ordnungs- und Lenkungsrahmen einbauen; denn auch der Restkapitalismus ist in die allgemeine Wirtschaftsplanung einzufügen. Es ist durchaus nicht etwa so, als ob wir nur die Monopole bekämpften und uns sonst mit dem Kapitalismus ohne Widerspruch abfinden könnten.

Bei den zu schaffenden öffentlichen Unternehmen steht die Eigentumsfrage gewissermaßen nur im Vordfeld der eigentlichen Sozialisierung. Das Wesentliche in der Sozialisierung ist nämlich die Konstruktion der Führungs- und Lenkungsorgane für die unter die Sozialisierung fallenden Unternehmensgebilde und Wirtschaftszweige. Da aber ist mit aller Deutlichkeit zu erklären: Sozialisierung ist nicht identisch mit Verstaatlichung. Die Aufgabe ist nicht damit gelöst, daß man die Eigentumstitel umschreibt und den Verwaltungsbezirk in einen Naturschutzpark für tintensaufende Bürokraten verwandelt. (Heiterkeit und Beifall.)

Würden wir uns mit der bloßen Errichtung staatlicher Regiebetriebe begnügen, wir hätten die Sozialisierung bald in einer Sackgasse festgefahren. Gegenüber der von der Kartell- und Trustbürokratie angerichteten Verschachtelung und Verfilzung wird gerade die Sozialisierung eine willkommene Gelegenheit bieten, diese Starre und diese Verkrustung aufzulockern.

Selbstverständlich kann die Schaffung dieser neuen Organisationsformen, was auch bei unseren Verhandlungen im Wirtschaftspolitischen Ausschuß evident wurde, nicht nach einem Reißbrettschema erfolgen, sondern es ist notwendig, der Eigenart jedes Wirtschaftszweiges Rechnung zu tragen und die geeignete Organisationsform aufzuspüren.

Für die Kohlenwirtschaft denken wir dabei an sogenannte Sozialgewerkschaften, (Sozialgewerke), für die Eisen- und Stahlerzeugung an Sozialgesellschaften. Daneben werden Sozialgenossenschaften eine große Rolle spielen. Gesondert nach den einzelnen Wirtschaftszweigen werden dann die sozialisierten Unternehmen zu besonderen Vertikal-Organisationsgebilden zusammengefaßt, in deren leitende Führungsstellen neben Fachleuten aus Kreisen der neuen Werkleitungen Vertreter der Gewerkschaften, der Genossenschaften, Vertreter der öffentlichen Hand, der sozialisierten Anschluß-Industrien, der Gemeinden und Gemeindeverbände ihren sorgsam ausgewogenen Platz finden werden. Die Sozialisierung darf weder zu einer starren Einförmigkeit, noch darf sie zu einer unerträglichen Freiheitsberaubung

führen, weshalb marktwirtschaftliche Elemente und Sicherungen zur Wahrung des Kostendenkens und der Wirtschaftlichkeit einzuführen sind. Jede allzu intime und anrühige Berührung und Anlehnung an den Staat aber ist auf alle Fälle zu vermeiden. Hitler hat die Hybris des staatlichen Omnipotenzwahnes gebracht, und die heidnische Staatsvergottung erzeugte im Grunde eine durchaus gesunde Reaktion. Alle Staatssuperlative sind abgenutzt, und die Theorie der schrankenlosen Höheit des Staates und der Staatsregierung findet heute keine Anhänger mehr. Darauf haben wir auch bei unseren Sozialisierungsprojekten Rücksicht zu nehmen. Auch unseren Sozialisten verursacht die Vorstellung von einem Staatsmoloch, von einem Superstaat, von einem Staatsleviathan nur ein unbehagliches Alpdrücken. Mit Staatsverherrlichung würden wir hoffnungslos in den geistigen Nachtrab geraten. Wir wollen keine gigantische Staatsspinne, welche die einzelnen Menschen wie zappelnde Fliegen in ihr bürokratisches Netz zieht, und wünschen durchaus nicht, von einer bürokratischen Staatsmaschinerie zu seelenlosen Automaten gemacht zu werden. Der Ameisenhaufen erteilt keinen sozialistischen Anschauungsunterricht — mir ist die Ameise schon immer ein höchst unsympathisches Tier gewesen. Und Rußland ist ein warnendes Beispiel dafür, daß man einen Kollektivismus aufbauen, dabei aber die sozialistische Zielsetzung verfehlen kann. Auch der proletarische Diktaturstaat wäre praktisch nur ein totalitärer Staat strengster Observanz, und wir dürfen nichts propagieren, was nur von ferne nach einem neuen Totalitarismus schmeckt, wofür wir unseren Gegnern nicht eine höchst wirksame und gefährliche Waffe in die Hand spielen wollen.

Wir haben deshalb bei der Konstruktion der Verwaltungsorgane der sozialisierten Wirtschaftszweige uns schon etwas mehr in geistige Unkosten zu stürzen, als daß wir einfach die Ministerialräte aus den vorhandenen Wirtschaftsverwaltungen in diese Körperschaften schicken: (Zustimmung und Beifall.) Dieser Auffassung hat auch der Wirtschaftspolitische Ausschuß einhellig beigeplichtet.

Ebenso bestand in den Reihen des Wirtschaftspolitischen Ausschusses Übereinstimmung darüber, daß die sogenannte „Produktivgenossenschaft“ im Sozialisierungsbereich nur eine Zerrform bedeuten würde, weil von vornherein alle Tendenzen ausgeschaltet werden müssen, die zu einem Durchbruch von Betriebs- und Gruppenegoismus führen könnten. Der wesentliche Mangel dieser Produktivgenossenschaften liegt in dieser Konservierung von Betriebsegoismus, daneben meistens in dem meist vorhandenen Mangel an Kapital und an geordneter Arbeitsdisziplin. Nur äußerst selten, das lehrt die praktische Wirtschaftserfahrung, sind solche Produktivgenossenschaften zur Blüte gelangt. Wo sie aber zur Blüte gelangten, haben sie nach allgemeiner Wirtschaftserfahrung sofort aufgehört, noch ferner wirkliche Produktivgenossenschaften zu sein. Dann beginnen sie, sich kapitalistisch abzukapseln. Deshalb ist das kein Entwicklungszweig, den wir fördern.

Sonst aber soll die sozialistische Gemeinschaftswelt im Wettbewerb mit den öffentlichen Unternehmen aus einer Vielzahl freier sozialistischer Gebilde erwachsen. In dieser Beziehung muß Aufgeschlossenheit und Beweglichkeit bestehen, und wir dürfen keiner programmatischen Schablone anhängen. Mancher Baustein kann dabei nutzbar sein, den wir früher allzu hastig verworfen haben. Erfahrungen in England, Schweden und Dänemark sollten uns zum Nachdenken und zur Auseinandersetzung anregen und uns davor bewahren, daß wir uns einseitig in die Formen einer starren und festgelegten Denkungsart hineinpressen lassen.

Wir wünschen deshalb für die Betriebe unserer Konsumgenossenschaften, deren Träger nicht die Betriebsangehörigen, sondern die Arbeiterschaft insgesamt sind, repräsentiert durch ihre Gewerkschaften, ein weites Feld der Betätigung. Denn gerade damit ist eine Organisationsform gefunden, die durchaus zukunftsträchtig ist und sich für die großbetriebliche Fertigung eignet.

Lassen Sie mich zum Schluß in einer ganz einfachen Formel zusammenfassen, was wir wollen: die wirtschaftliche Verfügungsgewalt in den maßgebenden Grundstoffindustrien geht vom Volk aus, Juristischer Eigentümer in diesen Bezirken ist das Volk, repräsentiert durch den demokratischen Volksstaat. Lenkung und Leitung der sozialisierten Industrie erfolgt dagegen

durch Organe einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen und im Rahmen des generellen Lenkungsplanes, unter Industrien tätigen Arbeiter und Angestellten sind berufen, neben ihren Gewerkschaften an der Betriebsführung und Verwaltung des betreffenden Wirtschaftszweiges mitzuwirken. In ihrem Anwendungssektor, den ich umrissen habe, verdient die freie, gemeinwirtschaftliche Unternehmung jede Förderung.

Liebe Parteifreunde! Ich sprach eingangs von den drei Phasen unserer Bewegung. In der dritten Phase, der Phase der Verwirklichung und praktischen Durchsetzung, ist die entscheidende Frage die, ob der demokratische Sozialismus, den wir auf dem wirtschaftlichen Felde zu untermauern haben, die Sammlungsparole für alle sich vom Kapitalismus distanzierenden Kräfte wird, Kräfte, die wir im Jahre 1918 nicht in unsere Reihen einzugliedern vermochten. Ich denke an die Produktionsintelligenz, die Techniker, Handwerker, die Kleingewerbetreibenden usw., auch an die bürgerliche Kultur- und Intelligenzschicht. Ich denke vor allem an die Jugend. Die alle werden zu uns stoßen, wir sind für sie bündnisfähig, wofür es uns gelingt, in diesen Kreisen die Erkenntnis durchzusetzen, daß Freiheit, Menschenwürde und Persönlichkeitswerte bei uns gut aufgehoben sind und daß sozialistische Wirtschaftspolitik keine Gefährdung und Schmälerung, sondern eine Sicherung und Ausweitung der Existenz bedeutet. Die Zusammenschweißung der breiten Front aller Schaffenden ist die große Gegenwartsaufgabe der deutschen Sozialdemokratie. Sie zu lösen wird uns gelingen, wenn wir, wie es Genosse Schumacher einmal formulierte, immer mehr von der Deklaration zu der Realität kommen, oder wenn wir, wie ich sage, nicht Gefangene einer sturen und viel zu eng gewordenen Doktrin bleiben. Wir Revolutionäre dürfen nicht unrevolutionär im Denken und nicht sterblich in der Phantasie und Konzeption für die Konstellation werden, die politisch und wirtschaftlich am Himmel Europas heraufgezogen ist. Sozialismus ist kein Schreck der politischen Kinderstube mehr, wie es noch im Jahre 1918 der Fall war. Damals, 1918/19, sind wir großmütig im Reden, aber kleinnützig und schlapp im Handeln gewesen. (Beifall.) Ich möchte genau wie ich unlängst in Bad Wildungen auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses diesen kurzen Bericht auch hier abschließen mit der Bitte, daß wir diesmal, was Reden und Gerede anlangt, etwas weniger geräuschvoll auftreten, daß wir aber dafür diesmal kräftiger und machtbewußter im Zuspucken werden. Denn ich möchte es nicht abermals erleben, daß eine Demokratie stirbt an der ekelhaften Jungmädchenkrankheit, an der Blutarmut.

Vorsitzender *Erich Ollenauer*: Wir kommen zur Aussprache über das Referat vom Genossen *Nöltig*. Mit zur Diskussion steht die Vorlage Nr. 4 mit den Anträgen Nr. 17 und 20. Außerdem steht auf der Vorlage Nr. 10 mit zur Diskussion der Antrag Nr. 50: Resolution zur Wirtschaftspolitik. Das Wort hat jetzt Genosse *Emil Sieg*, Franken.

*Emil Sieg*, Franken: Genossinnen und Genossen! Wir haben soeben von dem Genossen *Nöltig* gehört, daß wir bei der ersten Möglichkeit, mit der Sozialisierung zu beginnen, versagt haben. Gegenwärtig ist das Wort Sozialismus und Sozialisierung wieder aktuell. Die Parteigenossenschaft und insbesondere die junge Generation fragen sich, was es mit diesen Dingen für eine Bewandnis hat. Nach unseren Erkenntnissen hat Karl Marx die kapitalistische Wirtschaft in drei Sphären geteilt, in die Produktion, in die Zirkulation und in die Konsumtion. Bislang haben wir versucht, von der gewerkschaftlichen Seite her einen Einfluß in der Produktion dadurch geltend zu machen, daß wir versuchten, Lohn und Arbeitsbedingungen zu unseren Gunsten in den Betrieben zu gestalten. Die Zirkulationssphäre, die meines Erachtens die wichtigste Phase in der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, wurde von uns noch sehr wenig beachtet. Genosse *Nöltig* hat auch hier wieder davon gesprochen, daß der Handel nicht der Sozialisierung unterstehen soll. Aber generell ist es doch so, daß in der Zirkulationssphäre der Mehrwert realisiert wird, der dem im Hintergrund stehenden Kapitalismus ausgehändigt wird. Durch den Handel wird

die Ware verteuert. Der Unternehmer ist genötigt, uns am Arbeitsplatz für unsere Leistungen immer weniger Lohn zu geben, weil das das einzige Mittel für ihn bedeutet, seinen Reichtum zu vergrößern. Wenn wir als Arbeitende auf den allgemeinen Markt geschickt werden mit dem geringen Lohn, überfallen uns sofort neue Kapitalisten in der Zirkulationssphäre, die versuchen, uns für unseren Lohn möglichst wenig zu geben, weil sie dadurch ihre Gewinnmöglichkeit leichter gestalten können. Nun stehen wir sozusagen zwischen zwei Mahlsteinen. Wir werden von der Produktion und dann nochmals in der Zirkulation ausgebeutet. Da haben wir nun in unserer Genossenschaft einen Ausweg gesucht, indem wir den privaten Handel ausschalten, um uns auf diesem Wege wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Die Kapitalisten haben uns im Anfang nicht ernst genommen. Als wir dann aber versuchten, mit ähnlichen Methoden wie die Kapitalisten zu arbeiten, als wir versuchten, Privatbanken zu schaffen und eigene Versicherungen aufzuziehen, haben wir den Neid der Kapitalisten herausgefordert. Sie haben dann diesen braunen Narren aus Braunau beauftragt, unsere moderne Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Wenn Hitler nichts gekonnt hat: unsere Genossenschaftsbewegung hat er vollständig ruiniert. Heute sind unsere Anlagen, die durch die Nationalsozialisten in die Vermögensverwaltung der Deutschen Arbeitfront eingegliedert waren, Beutegut der Besatzungsmacht. Die Genossenschaften mühen sich seit einer Reihe von Monaten, im Wege der Verhandlungen wieder zu ihrem Vermögen zu kommen. Ich bezweifle nicht, daß wir das Vermögen zurückbekommen. Aber der Weg ist ein sehr langer. Es ist nicht klar, wie und wann wir uns unter diesen Umständen entfalten sollen. Die Kapitalisten sind uns wieder um eine Nasenlänge voraus. Sie brauchen nur auf die bisherigen Leitungen zu sehen. Dort haben sie wieder ihre Macht geltend gemacht. Sie haben erklärt, daß wir nach einem Jahre nur an die Mitglieder verkaufen dürfen, und die allgemeine wirtschaftliche Situation ist so, daß für uns überhaupt keine andere Möglichkeit vorhanden ist. Es ist Mangel auf allen Gebieten. Jede Hausfrau ist bereit, in den Laden hineinzugehen, wo sie etwas Mangelware neben der ihr zugewiesenen Ware bekommt. Sie wird auch gar nicht daran denken, ihre jetzige Geschäftsverbindung aufzugeben. Die Kapitalisten nützen das aus. Hitler hat durch ein Gesetz von 1941 unser gesamtes Vermögen nationalsozialisiert dadurch, daß er uns unsere Geschäftsanteile zurückgab zu einer Zeit, als man für Geld überhaupt nichts bekam. Damals wurde das Vermögen der braunen Schar zugeschachert, und wir sind ohne jede wirtschaftliche Möglichkeit und können uns nicht vorwärtsbewegen. Hierauf muß unser Augenmerk gerichtet werden.

Interessant war, daß vor wenigen Wochen in der Gewerkschaftszeitung der Genosse *Fischer* aus München einen Artikel schrieb, in dem er nachwies, daß in Bayern z. Z. die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder 20 000 000 RM Jahreseinkommen beziehen, daß aber die Genossenschaften nur einen Jahresumsatz von 4 000 000 RM hatten. Wir entnehmen daraus, daß wir uns wieder mit unserem eigenen Geld dadurch schlagen, daß wir es in die Privatgeschäfte hineinragen. Durch die Partei muß darauf hingewiesen werden, daß unsere sämtlichen freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter versuchen, in ihren Genossenschaften ihren Bedarf zu decken, weil nur dadurch eine Möglichkeit besteht, wirtschaftliche Vorteile für die breite Masse zu sichern.

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Wort hat Genosse *Gustav Dahrendorf*.

*Gustav Dahrendorf*, Hamburg: Genossinnen und Genossen! Genosse *Nölting* hat uns durch seine Ausführungen ebenso wie der Wirtschaftspolitische Ausschuß durch seine Richtlinien ein Zeugnis dafür gegeben, daß wir eine durchaus zeitgemäße Konzeption in allen Fragen der gemeinwirtschaftlichen Neuordnung der Wirtschaft haben. Aber ich glaube, es wäre durchaus angebracht gewesen, wenn darüber hinaus sowohl der Wirtschaftspolitische Ausschuß als heute der Referent Genosse *Nölting* ein Wort darüber gesagt hätte, wie sich gegenüber den Richtlinien der Sozialdemokratie die Wirklichkeit in der wirtschaftlichen Entwicklung aus-

nimmt, wie sie sich insbesondere in den letzten Monaten abgezeichnet hat. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß wir in bezug auf diese Wirklichkeit ein Aufsehen erregendes Beispiel vor uns haben in den Maßnahmen, wie sie z. Z. im rheinisch-westfälischen Industriegebiet in der Frage der Konzernentflechtung getroffen werden und wie sie außerdem auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft getroffen werden, ohne daß wir heute bereits in der Lage sind, darüber nun etwas absolut Endgültiges zu sagen. Wir sehen, wie die Konzernentflechtung durchgeführt wird, indem man eine Reihe von subventionsbedürftigen Betrieben schafft, ohne daß die Besitzfrage geregelt wird. Wir sehen außerdem, wie auf dem Gebiete der Kohlenwirtschaft ein — ich möchte es einmal so formulieren — zentralistisch geführter Superkonzern im Werden ist, wiederum ohne eigentliche Regelung der Besitzfrage. Ich bin gewiß der Meinung, daß bei einem normalen Ablauf diese Besitzfragen nicht absolut im Vordergrund stehen. Aber sie erhalten heute ihr besonderes Gepräge angesichts der Tatsache, daß wir seit Jahr und Tag Bemühungen feststellen können, die aus dem Bereich des internationalen Großkapitalismus kommen. Ich darf besonders darauf hinweisen, daß es keine andere Zeitung war als die „Times“, die bereits im Februar dieses Jahres warnend ihre Stimme erhob angesichts dieser Bemühungen des internationalen Großkapitals, denen aber viel wichtigere und nachhaltiger unterstützte Bemühungen deutscher Großkapitalisten entsprachen. Wir wissen, daß man von dieser Seite nach den Verbindungen mit dem internationalen Großkapital sucht. Wir wissen, daß die Wirkung, wenn sie sich durchsetzen sollte, wäre eine Überfremdung der wichtigsten Grundindustrien in Deutschland, die sich damit dem Einfluß jener Konzeption entziehen würden, die Genosse Nölting hier vor uns in prägnanten Ausführungen entwickelt hat.

Wir wollen dabei eines nicht außer acht lassen. Die internationalen Mächte, auch die deutschen Besatzungsmächte, haben im Kreise der Deutschen manchen Berater, der ihnen sehr gefährliche Ratschläge erteilt. Ich will nur darauf aufmerksam machen, daß jüngst die Tatsache bekannt wurde, daß ein Mann wie *Erich Reger*, der einer der leitenden Männer der Berliner Tageszeitung „Der Tagespiegel“ ist, den Amerikanern erklärt hat, „auf Grund seiner sicheren Kenntnis der Situation des Ruhrbergbaues und der Mentalität der Bergarbeiter“, daß es den Bergarbeitern völlig gleichgültig sei, was aus dem Bergbau unternehmens- und besitzmäßig werde. (Hört, hört!) Das hat einen tiefen Eindruck gemacht. Und es mag nicht von ungefähr so sein, daß dieser Eindruck außerordentlich tief ist. Ich glaube, daß auch wir als Sozialdemokraten die besondere Verpflichtung haben, hier von dieser Stelle aus zu erklären, daß beispielsweise das Problem der Kohlenförderung nicht nur ein Problem der Ernährung ist, sondern daß es in starkem Maße ein Problem der Besitzverteilung, ein Problem der Lösung der Besitzfrage und der Formen ist, in denen der Bergbau entwickelt wird. Ich bin überzeugt, daß eine Reihe der Schwierigkeiten gerade auf diesem Gebiete nur positiv überwunden werden können, wenn in der Frage des Besitzes und wenn in der Frage der Form der gemeinwirtschaftlichen Neuordnung der Kohlenwirtschaft wie auch der Schwerindustrie bald eine klare Lösung erfolgt. Auf diese Notwendigkeit auch von dieser Stelle aus hinzuweisen, ist unbedingtes Erfordernis einer Politik, von der wir wissen, daß von ihrem Erfolg wesentlich mehr abhängt, als nur die Höhe der Kohlenförderung, oder als nur die Höhe der Stahlproduktion, sondern von der wir wissen, daß von ihrer Lösung letzten Endes die wirtschaftliche und damit auch die politische Gesundung Deutschlands abhängig sein wird. (Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Das Schlußwort hat Genosse Nölting.

*Nölting*: Werte Parteifreunde! Sie dürfen nicht vergessen, daß ich vorhin nicht als Referent, sondern als simpler Berichterstatter zu Ihnen gesprochen habe, dem, als er das Podium betrat, „drohend“ vom Vorstandstisch zugerufen wurde: Aber nur eine Viertelstunde! Ich sollte ja hier nicht ein eigenes Wirtschaftsprogramm entwickeln, sondern ich sollte über die Leistungen und Arbeitsergebnisse unseres Wirtschaftspolitischen Ausschusses berichten. Ich habe mich deshalb

immer wieder bemüht, von den eigenen Gedankenausflügen zurückzukehren in diesen Arbeitsbezirk. Deshalb muß ich für manche Unterlassung um mildernde Umstände bitten. Es lag eben daran, daß ich heute lediglich als Berichterstatter vor Sie trat.

Ich habe durchaus nicht gesagt, der Handel sei durchweg nicht kapitalistisch, sondern ich habe lediglich erklärt, daß auch der Handel seinem Wesen nach keineswegs zwangsläufig kapitalistisch zu sein braucht. Er soll im Wettbewerb mit anderen Verteilungsformen arbeiten, und es soll sich die Wettbewerbsüberlegenheit durch ein ehrliches gegenseitiges Ringen herausstellen.

Daß ich die Konsumvereine in ihrer Bedeutung genügend zu schätzen und zu würdigen weiß, liegt auf der Hand. Es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, daß man mit Mitteln der sogenannten geplanten Lenkung ihnen jedwede Förderung zuteil werden läßt, die vertretbar erscheint. Dagegen ist es, wenn man von einer Übergangszeit der Rekonstruktion und des Neuaufbaues spricht, nicht ganz logisch zu fordern, daß die Konsumvereine jede vereinsmäßige Begrenzung sprengen und nun an jedermann verkaufen, indem sie einfach auf den offenen Markt vorstoßen. Denn damit würden sie selber aus der Vereinswirtschaft heraustreten und könnten dann nicht mehr den sonst durchaus berechtigten Anspruch auf besondere Förderung für sich ableiten. (Sehr richtig!) Ich möchte auch hier kein Schema, sondern Wettbewerb. Nicht zuletzt, um den Kampf um den Kunden und den Dienst am Kunden wieder herzustellen. Ich wünsche, daß die sich so sehr breitmachende Betriebsmuffigkeit endlich ausgeräuchert und daß der Kunde, der sein ehrliches Geld hinglegt, nicht mehr als lästiger Bittsteller und Almosenempfänger behandelt wird. (Lebhafter Beifall.) Genossinnen und Genossen! Schon deshalb brauchen wir den frischen Wind des Wettbewerbs, damit sich kleine Diktatoren und Haustyranen im Westentaschenformat wieder endlich daran erinnern, daß sie Dienst an der Allgemeinheit zu üben haben.

Den Ausführungen des Genossen Dahrendorf widerspreche ich nicht. Ich habe im Wirtschaftspolitischen Ausschuß wiederholt darauf hingewiesen, daß mir diese von oben befohlene Dekartellisierung weitgehend nur ein Ablenkungs- und Täuschungsmanöver zu sein scheint. Man tut so, als ob man dem Kapitalismus die Giftzähne ausziehen wolle, in Wirklichkeit aber will man die Sozialisierung zahllos machen, indem man dann eines Tages im Tone des Biedermannes erklärt, damit sei das eigentliche Angriffsobjekt aus der Welt geschafft, und die Sozialisierung sei damit gegenstandslos geworden. Konzern ist nicht gleich Konzern. Wir müssen bei ihnen unterscheiden zwischen solchen, die nach rein finanzpolitischen Erwägungen zusammengeramscht sind, und anderen, bei denen betriebsnotwendige Zusammenhänge vorliegen. Wenn ein Konzern z. B. Bergwerke, Schifffahrtslinien und Hotels in sich vereinigt, so ist das kein organisch gewachsenes Gebilde. Das kann und mag auseinandergenommen werden. Aber technisch notwendige Zusammenhänge dürfen nicht zerrissen werden. Unsere Technik muß modern und großräumig bleiben, es gibt kein Zurück zur Butzenschelbenromantik. Wir können die Verspätung, mit der wir ohnehin beim Wettbewerb auf den Weltmarkt auftreten, nur dann aufholen, wenn wir uns modernster technischer Formen bedienen. Man kann nicht aus einem Hochofen ein „Hochöfchen“ machen. Deshalb scheint es mir richtiger, wo man Konzerne sieht, zu sagen: Hier ist die Sozialisierungsreife gegeben, statt daß man sie in irgendwelchen Formen abmontiert.

Außerordentlich sympathisch war mir das, was über die Kohlenwirtschaft gesagt wurde, daß gerade auch von der arbeitspsychologischen Seite gesehen, die Erfüllung des längst überfällig gewordenen Sozialisierungsversprechens dringend geboten ist. Ich habe bei vielen Verhandlungen auf der Villa Hügel — und ich sitze fast mehr auf der Villa Hügel als in meinem Zimmer im Ministerium — darauf hingewiesen, daß nicht nur die Ernährungsnot, nicht nur die Überalterung, nicht nur die technische Verklüderung unserer Werke daran schuld trägt, daß die Förderziffern nicht befriedigen, sondern daß vor allem die auf dem Bergmann lastende Ungewißheit ausgeräumt werden müsse. Es würden ganz andere Arbeitsimpulse zur Verfügung stehen, wenn der Bergmann die feste Gewißheit hätte, daß er nicht hingeworfen

wird als Ausbeutungskuli für ein internationales Finanzkapital, sondern daß seine Arbeit wirklich dem deutschen Volke und dem Aufbau einer neuen Wirtschaft zugute kommt. (Lebhafter Beifall.) Genossinnen, und Genossen! Es läßt sich nicht alles mit dem Punktsystem erreichen. Denn es läßt sich der Arbeiter nicht sein revolutionäres Erstgeburtsrecht durch Schnaps und Zigaretten abkaufen. (Zustimmung.) Gott sei Dank nicht! Man beseitige endlich diese dunkle Wolke der politischen Ungewißheit, die noch immer über dem Ruhrgebiet liegt! Erst dann ist die Luftbereinigung da, die wir brauchen, erst dann haben wir eine neue Situation. Der Arbeitswille scheuert sich heute an den Besitzverhältnissen, an den Eigentumsschranken! Man hat sein Leben nicht deshalb aus Kanonenschlünden und Bombenteppichen heimgebracht, um es in freudloser Form zur Bereicherung einer fremden Ausbeuterkaste zu verbringen. (Lebhafter Beifall.) Aus dem Industriekuli will ein Industriebürger werden. (Sehr richtig!) Letzter Leistungswille ist nur da zu fordern, wo Einblick, wo Mitgestaltungs- und Mitverantwortungsrechte gewährt werden. Europa will Kohlen haben. Nun wohl, die große Kraftzentrale Europas steht bereit, für die Kessel des Wirtschaftsschiffes genügend Kohlen zur Verfügung zu stellen. Dann aber soll man auch die politischen und psychologischen Voraussetzungen dafür schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender *Erich Ollenhauer*: Wir kommen zur Abstimmung über die Anträge, die zu diesem Punkt vorliegen. Im Antrag 17 fordert der Unterbezirk Altena-Lüdenscheid die Durchführung einer Volksabstimmung über die Sozialisierung und über die Bodenreform. Die Politik unserer Partei war in der Vergangenheit klar darauf ausgerichtet, beide Forderungen zu den zentralen Problemen unserer politischen Arbeit zu machen und jedes politische Mittel anzuwenden, um beide Forderungen zu verwirklichen. Ein solches politisches Mittel kann auch die Forderung nach einem Volksentscheid für die Sozialisierung und für die Bodenreform sein. Aber es ist notwendig, daß wir über den Zeitpunkt und die Art einer solchen weitgehenden Aktion uns die Entscheidungsfreiheit vorbehalten. Wir schlagen deshalb vor, daß dieser Antrag dem Parteivorstand zur Beachtung bei seinen weiteren Maßnahmen zur Durchsetzung unserer Ziele auf dem Gebiete der Sozialisierung und der Bodenreform überwiesen wird.

(Der Antrag wird darauf gegen 11 Stimmen gemäß dem Vorschlag des Vorsitzenden dem Parteivorstand überwiesen.)

Dann schlagen wir vor, daß wir den Gedanken des Antrages Nr. 20 in die allgemeine Entschloßung aufnehmen, damit wir alle unsere konkreten wirtschaftlichen Forderungen in einer Gesamtentschloßung des Parteitages vereinigt haben, und zwar empfehlen wir, daß wir im Absatz 3 der Entschloßung des Antrages Nr. 50 in der vorletzten Zeile einfügen: „keine weiteren Demontagen von Anlagen der Friedensproduktion“.

(Darauf wird einstimmig diese Ergänzung des Antrages Nr. 50 beschlossen und der Antrag 20 gegen eine Stimme als erledigt erklärt.)

Wir kommen dann zu Punkt 6 der Tagesordnung: Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie. Das Wort als Berichterstatter hat Genosse *Hennig*.

### Die kulturpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie

*Arno Hennig, Hannover*: Genossinnen und Genossen! Eine Viertelstunde Kulturpolitik. Ich bitte um dieselben mildernden Umstände wie Genosse *Nöthing*. Wir haben die kulturpolitische Tagung in Erlangen nach einer langen Reihe von Debatterednern und unter Aufarbeitung einer Fülle von Anträgen mit dem Beschluß geschlossen: jetzt geht es erst los! Die Tagung wird in vier Wochen fortgesetzt. Jeder von uns war der Überzeugung, daß die ganze kulturpolitische